



Wissenschaftsausschuss

81. Sitzung (öffentlich)

12. Januar 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:38 Uhr bis 16:58 Uhr

Vorsitz: Helmut Seifen (AfD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

- 1 Bericht zum Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
„Digitalisierung im Hochschulraum weiter vorantreiben – Machbar-
keitsstudie für eine landesweite "Studi-App" in Auftrag geben (*Bericht
auf Wunsch der Landesregierung*)** **6**

Bericht
der Landesregierung
Drucksache 17/13083

Vorlage 17/6189

In Verbindung mit:

Aktueller Sachstand zu „Digitalisierung von Schulen und Hochschulen“

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6255

Information 17/339

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

2 Gesetz zur Umsetzung der Akademisierung des Hebammenberufs in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Regelungen

10

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14305

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14582

Ausschussprotokoll 17/1616 (Anhörung vom 10.11.2021)

- abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der soeben beschlossenen Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

3 Die bevorstehende Bildungskatastrophe an berufsbildenden Schulen abwenden – Neue Wege für die Personalgewinnung gehen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften in die Ausbildung von Lehrkräften einbinden!

12

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15880

- Verfahrensabsprache
- keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, am 2. Februar 2022 eine Anhörung durchzuführen.

4 Gesetz zur Modernisierung und Stärkung der Eigenverantwortung von Schulen (16. Schulrechtsänderungsgesetz) 13

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15911

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich nachrichtlich an der Anhörung des federführenden Ausschusses für Schule und Bildung zu beteiligen.

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, am 9. Februar 2022 eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Schule und Bildung zum Gesetzentwurf Drucksache 17/15911 abzuhalten.

5 Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15940 Neudruck

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich nachrichtlich an der Anhörung des federführenden Haushalts- und Finanzausschusses zu beteiligen.

6 Aktualisierter Sachstand der Pläne zum universitären Gesundheitscluster Köln (Bericht auf Wunsch der Landesregierung) 15

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6216

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

- 7 Lehr- und Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen im vierten Corona-Semester** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage]*) **16**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6246
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 8 Verschiedenes** **20**
- hier: **Weiterbildungsbroschüre** **20**
- Information 17/347

2 Gesetz zur Umsetzung der Akademisierung des Hebammenberufs in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Regelungen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14305

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14582

Ausschussprotokoll 17/1616 (Anhörung vom 10.11.2021)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –, an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen sowie an den Wissenschaftsausschuss am 30.06.2021)

Raphael Tigges (CDU) streicht heraus, der Gesetzentwurf nehme erforderliche Anpassungen vor und nutze die Gestaltungsspielräume. In der Anhörung habe sich der Landesverband der Hebammen NRW sehr positiv zu dem Gesetzesvorhaben geäußert.

Die Hochschulen seien von den Sachverständigen immer wieder als verlässliche und unverzichtbare Partner in der Hebammenausbildung genannt worden.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE) bestätigt, während der Anhörung hätten sich die Berufsverbände recht zufrieden mit dem Gesetzentwurf geäußert. An verschiedenen Stellen hätten sie jedoch rechtliche Bedenken eingebracht. In der Gesamtabwägung enthielten sich die Grünen daher bei der Abstimmung.

Die hochschulrelevanten Aspekte des Gesetzentwurfs setzten im Wesentlichen Vorgaben und deren logische Konsequenzen um.

Bedauerlicherweise sei keine Mitwirkung des Wissenschaftsbereiches an der Rechtsverordnung nach Artikel 1 vorgesehen.

Die positive Resonanz der Anzuhörenden auf den Gesetzentwurf bestätigt auch **Dietmar Bell (SPD)**. Der Einschätzung der Grünen zu den hochschulrechtlich relevanten Fragestellungen teile er.

Daniela Beihl (FDP) unterstreicht die Aussagen der CDU-Fraktion und verweist auf 300 zusätzliche Studienplätze für Hebammen. Dadurch werde die bisherige Zahl an Fachschulplätzen sogar übertroffen. Nach 8,7 Millionen Euro in 2021 stünden in 2022 nun 14 Millionen Euro bereit. Die künftige akademische Ausbildung könne damit auf

gute Beine gestellt werden. Besonders für werdende Mütter sei dies eine gute Entwicklung.

Mit einer Akademisierung des Berufs könne die Qualität der Versorgung nochmals gesteigert werden. Wahrscheinlich steige mit der Akademisierung auch die Attraktivität der Ausbildung.

Helmut Seifen (AfD) äußert Zweifel an der Notwendigkeit der Akademisierung des Hebammenberufes. Auch bislang seien die Hebammen ausgesprochen gut ausgebildet worden.

Die Umsetzung der bereits getroffenen Entscheidungen solle positiv begleitet werden; daher stimme die AfD-Fraktion dem Gesetzentwurf zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der soeben beschlossenen Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.